

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabeorten 2 W.M. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 W.M., bei Postbestellung 3 W.M. einschließlich Porto. Einzelnummern 10 Pf. (100 Pf. im Voraus). Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Neumarkt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle ist für den Empfang von Anzeigen und für die Abfertigung derselben geöffnet. In der Geschäftsstelle sind auch die Anzeigenblätter zu erhalten. — Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.



Wilsdruff, Dresden 2640
Freitag, den 20. Juli 1928

Nr. 168. — 87. Jahrgang — Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden

Keine Zugeständnisse.

„Man spricht vergebens viel, um zu versagen. Der andere hört von allem nur das Nein!“

Dieses Wort Iphigenies zum König Thoas in Goethes bekanntem Drama paßt auf das, was uns Deutschen von französischer Seite, jetzt aber auch von den Engländern in bezug auf die Rheinlandräumung gesagt wird. Gewiß hatte sich der Kongreß der französischen Sozialisten für eine baldmögliche Rheinlandräumung ausgesprochen, aber daran Bedingungen geknüpft, die für Deutschland unerträglich sind, wenn es den Anspruch verwirklichen will, eine selbständige Macht zu bleiben. Das ist ja schließlich die Hauptsache. Wir müssen schließlich Herren auf unserem Gebiete sein, genau so gut und unter den gleichen Voraussetzungen wie jede andere Macht, und so wenig es sich Frankreich oder Polen gefallen lassen würde, sich vom Völkerverbund oder von irgendeiner anderen Institution kontrollieren zu lassen, darf Deutschland freiwillig solches dulden. Auch das noch jetzt besetzte Gebiet, das im Jahre 1930 bzw. 1935 geräumt werden soll, ist einschließlich der Besetzung bis zum letzten Termin zu extrahieren, eher, als daß für eine vorzeitige Räumung irgendwelche Zugeständnisse in Form deutscher Gebiete, die über die Bestimmungen des Versailler Vertrages oder der Völkerverträge hinausgehen. Darüber ist man sich im ganzen Deutschland ohne Rücksicht auf parteipolitische Differenzen absofort einig und lehnt es darum ab, wenn aus Paris Anträge kommen, durch irgendwelche Zugeständnisse die Rheinlandräumung schon jetzt zu erkaufen.

Nunmehr soll man nicht verkennen, daß der Druck von Paris her nach dieser Richtung hin recht stark ist und nun bedauerlicherweise auch von London her eine Unterstützung erfährt. Im Unterhaus ist nämlich von einem Vertreter der Arbeiterpartei gefragt worden, ob die britische Regierung das vor kurzem gestellte Ersuchen des deutschen Reichsministers bezüglich der Rheinlandräumung in wohlwollender Erwägung stellen wolle. Gemeint ist dabei jener Teil der Regierungserklärung, der von der Rheinlandbesetzung und Rheinlandräumung handelt. Außenminister Chamberlain, der doch durch zahlreiche Zusammenkünfte mit Dr. Stresemann über die deutsche Anschauung unterrichtet ist, erwiderte darauf, daß deutscherseits eine ausdrückliche Forderung bezüglich der Räumung des Rheinlandes nicht gestellt, sondern lediglich der Ansicht Ausdruck verliehen worden sei, das besetzte Rheinland in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse noch vor Ablauf des Zeitpunktes zu räumen, der durch den Vertrag von Versailles festgelegt war. Die britische Regierung stehe dieser Ansicht wohlwollend gegenüber, — doch nun kommt das große „Aber“: eine „vorzeitige“ Räumung könne nur erfolgen auf Grund einer besonderen Vereinbarung zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten. Es folgt sodann noch ein zweites „Aber“: auch andere Mächte müßten noch befragt werden. Das Wohlwollen Englands und die Bereitwilligkeitserklärung, etwaige Vorschläge anzunehmen, die von einer an dieser Frage stärker interessierten Seite ausgehen, können diesen beiden „Aber“ nicht aus der Welt räumen. Chamberlain hat es im Unterhaus ausdrücklich abgelehnt, in dieser Frage „zurzeit mit irgendwelchem Augen eine Initiative zu ergreifen“, betrachtet es außerdem als finanziell recht unerheblich, daß die englischen Besatzungstruppen im Rheinland übermäßig viel Kosten verursachen, die den Ertrag der Reparation für England schmälern. Chamberlain schloß das Frage- und Antwortspiel mit dem Satz: „Ich habe bereits gesagt, daß ich es zurzeit nicht für zweckmäßig erachte, eine Initiative zu ergreifen; die Zurückziehung der britischen Truppen allein würde die Frage der Rheinlandräumung weder lösen noch sie einer Lösung näher bringen.“

Wir Deutsche hören aus allem nur das „Nein“, empfinden es, daß auf der Gegenseite vergebens viel gesprochen wird, um zu versagen. Die Ausführungen Chamberlains bedeuten nichts anderes als eine Unterstützung des französischen Standpunktes — und hierin sind sich alle Parteien von der radikalsten Rechten bis zur radikalsten Linken einig —, daß die Rheinlandräumung, wenn sie „vorzeitig“ erfolgen soll, nur durch deutsche Gegenleistungen bezahlt werden kann. Nicht nur sollen diese Gegenleistungen am Rhein liegen, sondern auch an der Weichsel. Deutlich genug verweist gerade auf diese letztere die Bedeutung Chamberlains, daß auch „andere Mächte“ bei einer sofortigen oder baldigen Rheinlandräumung mitsprechen hätten. Darum ist deutscherseits festzustellen, daß unser Standpunkt, das Rheinland sei zu räumen, gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages, der eine Zurückziehung der Besatzungstruppen vorseht, wenn Deutschland die Entwaffnungs- und die Kriegsschadensbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt habe, durch die englische Politik eine Unterstützung nicht findet, daß sich vielmehr die Londoner Regierung auf den Standpunkt der französischen und der ihr befreundeten Regierungen stellt. Jede Hoffnung also, daß im Hinblick auf die anders geartete politische Lage die Zusammenarbeit Deutschlands mit den „alliierten und assoziierten Mächten“ im Völkerverbund zu einer Rheinlandräumung jetzt oder vor Ablauf der durch den Versailler Vertrag festgestellten Fristen erfolgt, ist jetzt auch durch die Erklärung des englischen Ministers als eitel zu bezeichnen.

Das Fest des deutschen Liedes in Wien

Das deutsche Sängerefest.

Oesterreichs Nationalrat begrüßt die Sangesbrüder. Wieviel Sänger zu dem großen Fest des Gesanges in Wien eingetroffen sind — wer vermöchte es zu sagen? Die Angaben schwanken zwischen 100 000 und 150 000 und immer neue Menschenmassen noch werden von den Sonderzügen aus nah und fern „herangerollt“. Ganz Wien ist mit österreichischen und deutschen Fahnen festlich geschmückt. Die Beflaggung geht übrigens — das darf nicht verschwiegen werden — nur von den Mietern, nicht aber von den Hausbesitzern aus. Diese hatten ursprünglich sogar die Absicht, während des Sängerefestes Feuerarbeiten zu lassen, um vor den ausländischen Gästen ihre schlechte Behandlung in der Mieterfrage darzutun. Mittwoch nachmittags fand ein

Empfang für die Vertreter der Presse.

der inländischen und der ausländischen, statt. Der Vorsitzende des Festausschusses, Schulrat Falla, begrüßte die Gäste und dankte ihnen für die im Interesse des Gesanges des Sängerefestes bisher schon geleistete hervorragende journalistische Tätigkeit. Dann sprach über die Bedeutung des Wiener Festes, das nunmehr offiziell begonnen hat, der Vorsitzende des Deutschen Sängerebundes, Rechtsanwalt Dr. Lisch-Dresden.

„Unsere Vorkämpfer“, sagte er, „sind dem Dienst für Volkstum und Vaterland gewidmet. Wir wollen auf allen Sängerefesten dem Gedanken der Einigkeit Ausdruck geben und so erwarben wir auch von dem 10. Sängerebundesfest nicht bloß eine gewaltige Kundgebung musikalischer Art, sondern zugleich die größte Kundgebung vaterländischer, nationaler Art. Wir wollen, daß unser Volk sich vorbereite auf eine Zeit, wo es nur noch ein einziges Volk von deutschen Brüdern geben wird.“

Die amtliche „Wiener Zeitung“ begrüßte die deutschen Sänger mit einem Artikel des

Unterrichtsdirektors Schmitt,

in dem die gemeinsame Kulturtradition und das gemeinsame Kulturschaffen vom Westen zum Osten und vom Norden zum Süden hervorgehoben wird, etwas, das alle Deutschen mit untrennbarer Einigkeit zusammenhalte. Die eindrucksvollste der bisherigen Kundgebungen war die des Oesterreichischen Nationalrates. Bei Schluß der Mittwochsfeier hielt Präsident Miklas eine Ansprache, in der er sagte:

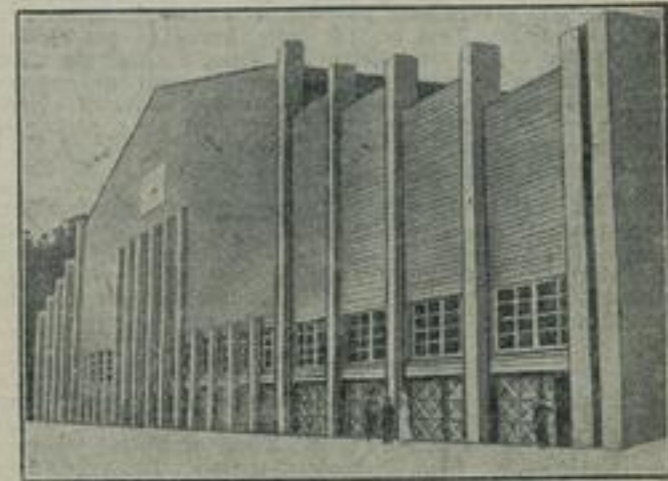
„Wien und Oesterreich stehen in diesen Tagen im Zeichen des deutschen Liedes. Zu vielen Tausenden versammeln sich deutsche Sangesbrüder aus nah und fern in den Mauern Wiens, der Stadt der Lieder, der Stadt des unsterblichen Lieberfürsten Franz Schubert. Nicht nur aus Deutschland und Oesterreich eilen sie herbei, sondern aus der ganzen Welt, der Alten und der Neuen, wo immer die deutsche Zunge klingt und deutsche Lieder erklingen. Ich weiß mich Ihrer aller Zustimmung gewiß, wenn ich von dieser Stelle aus die deutschen Sänger und Gäste willkommen heiße und ihnen den herzlichsten Gruß der Deutschen Oesterreichs entbiete. In dem wir alle dem großen 10. Deutschen Sängerefest ein glückliches Gelingen wünschen, geben wir der Erwartung Ausdruck, daß sein würdiger Verlauf nicht nur Oesterreich zur Ehre gereichen, sondern auch der ganzen Welt in

Wohlklang und Frieden die Ehre und Größe der deutschen Namens künde.“ Die Ansprache des Präsidenten wurde mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Der Begrüßungsabend der Sänger in Wien.

Wien, 19. Juli. Am Donnerstagabend acht Uhr begann der offizielle Begrüßungsabend im Rahmen des 10. Deutschen Sängerebundesfestes in der Sängerehalle im Prater. Schon lange vor Beginn war die Halle überfüllt. Auf der Sängerebühne hatten der Thüringer Sängerebund, der Sängerebund der Sudeten-Deutschen, der Steirische und der Oesterreichische Sängerebund Aufnahme genommen. Unter den Ehrengästen sah man den deutschen Gesandten Graf Leuchtenfeld, Bundeskanzler Dr. Seipel, die Minister Schüss, Schmidt und Dr. Slame, den Bürgermeister von Wien, Seih, den Landesoberhauptmann Buresch und den Polizeipräsidenten Scheiber. Begleitet von den zusammengestellten Musikkapellen der Infanterieregimenter Nr. 4 und 5 eröffnete der Thüringer Sängerebund unter der Leitung seines Chormeisters W. Rüstens den Begrüßungsabend. Demot begann die Radioübertragung auf die Mitteldeutschen Sender Leipzig und Dresden. Nachdem der folgende Beifall, der die Halle durchdrang, verstummt war, ergriff der Vorsitzende des Festausschusses, Schulrat Dr. Falla das Wort und begrüßte die Ehrengäste aus Wien und Deutschland, sowie die Sänger aus den fernsten Ländern, aus Amerika, Argentinien, Peru, Chile, Kolumbien usw., die sich alle in dem Gedanken zusammengesunden hätten, Schubert zu feiern und zu bezeugen, daß alle von dem Wunsch befeuert seien, es müsse doch einmal die Vereinigung aller Deutschen zur Tat werden. Namentlich die Sänger aus Amerika aber sollten den herzlichsten Wunsch eines Millionen-Volkes erföhren. Hieraus lenkte der Redner noch einmal die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die jetzt in Wien stattfindende Kundgebung für das deutsche Lied und die deutsche Einheit.

Die Sängerehalle auf der Jesuitenwiese, wo die Aufführungen und Festlichkeiten stattfinden.



Die Lohnsteuererhöhung vom Reichsrat angenommen.

Berlin, 19. Juli. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrates am Donnerstag nachmittags wurde die vom Reichstag beschlossene Lohnsteuererhöhung mit 38 gegen 30 Stimmen angenommen; dagegen stimmten die Vertreter Ostpreußens, Brandenburgs, Pommerns, Niederschlesiens, Westfalens, Bayerns, Sachsens, Württembergs, Thüringens und Oldenburgs.

Der Pariser Konzertsaal Bloniel niedergebrannt

Paris, 19. Juli. Der kürzlich erbaute Konzertsaal, in dem Bruno Walter und Furtwängler ihre Konzerte gaben, ist am Donnerstag ein Raub der Flammen geworden. Nach den modernsten Gesetzen der Akustik mit ungeheuren Summen erbaut, galt der 4000 Sitzplätze fassende Saal als Wunderwerk moderner Technik. Das Innere ist völlig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Mauern, Einlage keine Musikräume sind gleichfalls erhalten geblieben. Das Feuer wurde kurz vor 14 Uhr von Arbeitern bemerkt. Sofort unternommene Löscharbeiten blieben jedoch erfolglos. Als 1/2 Stunde später die Feuerwehr eintraf, hatte das Feuer schon sehr starke Fortschritte gemacht. Um 14.25 Uhr brannte der ganze Saal. Vier Angestellte, die in den oberen Stockwerken arbeiteten u. von dem Feuer überrascht worden waren, konnten von einem Schwärmer im letzten Augenblick gerettet werden. Sie wurden mit schweren Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht. Wichtige Papiere und die Geldkassette konnten in Sicherheit ge-

bracht werden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Franken.

Die polnische Grenzzonenverordnung.

Nicht gegen Deutsche gerichtet.

Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Wiederannahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen für den 10. September in Warschau vorgesehen ist. Aber die Grenzzonenverordnung der polnischen Regierung, die seinerzeit zur Unterbrechung der Verhandlungen geführt hatte, ist in den Vorbesprechungen, die dieser Tage in Warschau geführt wurden, eine Einigung erzielt worden. Der polnische Bevollmächtigte von Twardowski gab dem deutschen Verhandlungsführer Dr. Hermes bei diesen Vorbesprechungen die Versicherung ab, daß die polnische Grenzzonenverordnung eine allgemeine Maßnahme darstelle, die nicht gegen die Angehörigen irgendeines Staates, also auch nicht gegen die deutschen Staatsangehörigen, gerichtet sei.

Die von polnischer Seite gegebenen Zusicherungen sind von erheblicher Bedeutung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß durch die amtliche Erklärung die polnische Regierung jede Möglichkeit ausschließt, etwa einseitig die Bestimmungen der Grenzzonenverordnung gegen deutsche Reichsangehörige anzuwenden.